

## TOP 3 | Statement zur Verabschiedung der Haushaltssatzung Kernhaushalt 2019

---

### **Wache Augen und Weitsicht sind das Maß der Dinge!**

In diesem Jahr freuen wir uns erneut über auch in Kappelrodeck absehbar stabile Steuer- und Mittelzuweisungen des Landes für das kommende Haushaltsjahr.

#### **Investitionsplan**

Dass wir in diesem Jahr grundsätzlich ohne eine Neukreditaufnahme auskommen könnten ist angesichts der geplanten Investitionen von über 4 Mio. € erfreulich. Zu verdanken ist dies einer unplanmäßig günstigeren Rücklagenentwicklung in den letzten beiden Jahren. Gleichwohl sehen wir im kommenden Jahr Risiken im Bereich des Ansatzes zur Gewerbesteuer. Aus diesem Grund sind wir damit einverstanden, vorsorglich eine Neukreditaufnahme im Volumen von 500.000 € für den Fall der Fälle einzuplanen.

Diese Situation wird so jedoch nicht bleiben:

- Die anstehende grundhafte Sanierung des Rathauses ist nicht mehr weiter aufzuschieben und wird ein Kraftakt sondern Gleiches werden.
- Die dringend notwendige Sanierung der Pfarrberghalle kann ebenfalls nicht weiter aufgeschoben werden.

Die in 2019 vorgesehenen Planungen hierzu werden aufzeigen, mit welchem Kostenvolumen in beiden Fällen gerechnet werden muss. Damit verbunden sind jetzt einzugehende Verpflichtungsermächtigungen für das Folgejahr in einem Volumen von rd. 3 Mio. €. Es kann hierbei nicht davon ausgegangen werden, dass dies die End-Kostengröße für diese beiden Maßnahmen sein wird!

Ich kann mich nicht erinnern, dass wir in den vergangenen 20 Jahren Vorfestlegungen in einer solchen Höhe für den Folgehaushalt trafen. Wir halten diese aber für notwendig.

Insofern stehen uns im investiven Bereich weiterhin erhebliche Kosten ins Haus. Diese wären nur vermeidbar, wenn wir beide Einrichtungen aufgäben. Dies ist nachvollziehbarer Weise natürlich keine Alternative. Insofern stehen uns weitere kreditbasierte Finanzierungen bevor.

#### **Erfolgsplan**

Richten wir den Blick auf den Verwaltungshaushalt. Hierin sind bekanntermaßen die laufenden Kosten unserer Gemeinde abgebildet.

Wenn man sich die Entwicklung des Haushaltsvolumens im Verwaltungshaushalt von 2013 und 2019 vergleichend betrachtet, lässt sich erkennen, welches große Rad mittlerweile in unserer Gemeinde zu drehen ist. Dies geht auch am Personalbedarf in der Verwaltung nicht spurlos vorüber. Wir halten es für erforderlich, dass notwendige Stellen zielgerichtet und intelligent eingestellt besetzt werden, um die Fülle an Aufgaben auch bewältigen zu können.

Das geplante Haushaltsvolumen ist hier von rd. 11 Mio. € in 2013 auf nunmehr rd. 14 Mio. € angewachsen. Letztlich ist dies Ausdruck der bundesweiten wirtschaftlichen Entwicklung und der damit

GR-Sitzung, 17.12.2018

verbundenen Einnahmensituation. Allerdings sind aber eben auch die Aufgaben und somit Ausgaben gewachsen.

Im Planansatz für 2019 sind glücklicherweise nennenswerte Kostengrößen für überfällige Instandsetzungen wie z.B. die Straßensanierung enthalten. Allerdings sind im Vergleich der beiden Jahre aber auch strukturell gewachsene Mehrausgaben im Sozialbereich (Einzelplan 4) von erheblicher Auswirkung zu erkennen.

Der Zuschussbedarf ist hier von 2013 bis 2019 saldiert um mehr als 800.000 € angewachsen. Die direkten Sozialausgaben sind in diesem Zeitraum auf knapp 2,4 Mio. € gestiegen und haben sich somit mehr als verdoppelt! Die zugehörigen Mittelzuweisungen hinken der Ausgabenentwicklung indessen erheblich hinterher. Wir legen Wert auf die Feststellung, dass nur ein Bruchteil der heute höheren Kosten in diesem Bereich für die Unterbringung und Integration der geflüchteten Menschen aufzubringen ist.

#### **Blick über den Tellerrand und kommunale Beteiligung**

Wir müssen m.E. festhalten und gegenüber der Landesregierung herausstellen, dass die oft fixen und durch gesetzliche Verpflichtungen entstandene Sozialausgaben unsererseits nicht beeinflusst werden können – in schlechteren wirtschaftlichen Zeiten aber in unseren kommunalen Haushalten verbleiben dürften. Insofern darf der teilweise hörbare Ruf nach weiteren Sozialleistungen nicht stillschweigend hingenommen werden, ohne dass eine tragfähige und dauerhafte Finanzierung dieser sichergestellt werden kann.

Die Eigenverantwortlichkeit eines Jeden muss durch Bund und Länder gesetzgeberisch stärker eingefordert und gleichzeitig unterstützt werden. Wenn wir aktuell von stagnierenden Wachstumsraten der Wirtschaft lesen – ich erinnere: Wirtschaftsleistung als Basis unserer aktuell positiven Finanzsituation – ist dies noch nicht primär durch ein Abklingen der Nachfrage verursacht. Vielmehr führt der Personalmangel auf nahezu allen Ebenen – von der einfachen Hilfskraft bis hin zu den Akademikern – dazu, dass die Nachfrage oft nicht mehr bedient werden kann und hierdurch mögliches Wirtschaftswachstum ausgebremst wird.

Dies muss der Politik zu denken geben. Es ist aus meiner Sicht ein Armutszeugnis für unser Land, dass wir hinnehmen, dass z.B. um die 2 Mio. Kinder in Armutsverhältnissen (nach deutscher Definition!) leben und in diesen Kindern schlummernde aber sicherlich vorhandene Potenziale infolge deren Lebensumstände nicht ausreichend gefördert werden.

Um in Zeiten der Globalisierung weiterhin eine Zukunft auf Basis des Status quo erhalten zu können, kann sich Deutschland kein einziges talentiertes Kind leisten, das wegen seiner Herkunft oder der familiären Situation keine ausreichende Bildung und Förderung erhält. Wir können vor Ort indessen nur das leisten, was durch Bund und Land auf der einen Seite gesetzlich eingefordert und auf der anderen Seite direkt finanziert wird.

Ich persönlich halte es für einen Irrsinn, dass immer mehr Geld in anspruchsbegründete Sozialausgaben fließt. Ich habe den Eindruck, dass solche Transferleistungen eine bestehende Bedürftigkeit teilweise nur manifestieren nicht aber beheben. Transferleistungen an betroffene Menschen müssen

GR-Sitzung, 17.12.2018

mit der gleichzeitigen Erwartung an die persönliche Fortentwicklung einhergehen. Das Ziel kann nur sein, Menschen aus der Bedürftigkeitssituation herauszuführen. Das Schaffen der notwendigen Leistungsfähigkeit als Basis für die eigenfinanzierbare Lebensgrundlage muss meines Erachtens im Fokus stehen. Insofern hat eine soziale Gesellschaft die Pflicht zu Fördern gleichzeitig aber auch die Aufgabe, Gegenleistungen im Sinne von „ich qualifiziere mich“ oder „ich bin bereit dafür Aufgaben zu übernehmen“ einzufordern. Dass dies politisch ausreichend umgesetzt wird bezweifle ich.

Als Gemeinde haben wir unsere Hausaufgaben im Bildungsbereich weitestgehend erfüllt und tragen an der gesellschaftlichen Basis maßgeblich dazu bei, dass alle Talente – so gut wir darauf einwirken können – gefördert werden können.

Insofern möchte ich feststellen, dass wir in Kappelrodeck gemeinsam in den letzten Jahren viel erreicht und wichtige Grundlagen für eine positive Entwicklung geschaffen haben.

### **Zwischenbilanz und Ausblick**

Unsere Forderung z.B. nach Verbesserung der digitalen Infrastruktur ist durch die Kraftanstrengung Vieler in weiten Gemeindeteilen zuletzt deutlich besser geworden. Gleichwohl kann das nun erfolgte vectoring-basierte Breitbandangebot nur ein erster Schritt sein. Eine Glasfaseranbindung der Gebäude zumindest in den zusammenhängenden Wohnbereichen muss das Ziel bleiben.

Bereits 2014 hatten wir den Antrag für die Einrichtung eines Ratsinformationssystems gestellt. Mit der Einführung geht dieses Vorhaben nun auf die Zielgerade. Es wird unseren Bürger/innen in Kürze einfacher möglich, sich jederzeit über das Geschehen in der Kommunalpolitik und der Verwaltung zu informieren. Damit einhergehend sind ein verbesserter Bürgerservice und mehr Transparenz.

Den weiteren Focus unserer Anstrengungen möchte ich mit Worten Albert Einsteins verorten:

*„Mehr als die Vergangenheit interessiert mich die Zukunft, denn in ihr gedenke ich zu leben.“*

Ein in Zufriedenheit wohligen Ausruhen wird es auch künftig nicht geben können. Die Zukunftsfähigkeit und Lebensqualität unserer Gemeinde ist in einer insgesamt mobiler werdenden Gesellschaft ein wesentlicher Standortvorteil und somit Finanzierungsgrundlage unseres kommunalen Gemeinwesens. Die fortschreitende Digitalisierung bietet auch auf kommunaler Ebene neue Möglichkeiten, die es in den Blick zu nehmen gilt.

Wir sehen die Gemeindeverwaltung nun in der Pflicht, digital erledigbare Verwaltungsvorgänge für die Bürger/innen zu identifizieren und hierfür Onlineangebote zu schaffen. „E-Government“ oder „Verwaltung online“ sind die Stichworte. Hierdurch werden neben Vorteilen für die Bevölkerung mittel- und langfristig auch Personalressourcen für andere Aufgabenfelder in der Verwaltung frei.

Die Herausforderungen werden uns auch in den kommenden Jahren nicht ausgehen. Erinnern wir uns bei allen Veränderungsbedarfen und der Tatsache, dass dies manchem durchaus Sorge und Ängste bereitet, immer der Worte Friedrich Schillers:

*„Wer nicht mit der Zeit geht, geht mit der Zeit.“*

Der Gemeinderat in Kappelrodeck geht mit der Zeit und zwar ungeachtet von Fraktionszugehörigkeiten. Die CDU-Fraktion dankt allen Kolleg/innen im Gremium für die Unterstützung und das Mittragen unserer Ansätze und die kollegiale Zusammenarbeit zum Wohle unserer Gemeinde.

Unser Dank gilt ebenso der Verwaltung und den Gemeindebediensteten für die geleistete oft anspruchsvolle und zeitintensive Arbeit zum Wohle unserer Mitbürger/innen.

Für die CDU-Fraktion

*Markus Vogel*